

Die Schlussfolgerungen aus Wilsons Antwort.

Wien, am 21. Oktober.

Wilson lehnt den Antrag Oesterreich-Ungarns auf Einleitung von Friedensverhandlungen auf der Grundlage seines Programmes der 14 Punkte ab, er widerruft gegenüber Oesterreich-Ungarn dieses Programm und erklärt, sich nicht mehr mühen selbst entscheiden, in welcher Weise sie von Oesterreich-Ungarn befriedigt werden könnten. Wenn Wilson unter den Völkern versteht und wie er die Befriedigung aufgefaßt wissen will, das beweist seine Berufung auf die Anerkennung des „tschechisch-slovakischen Nationalrates“, nicht des in Prag konstituierten „Narodni Bybor“, sondern jener Gesellschaft von Landesflüchtigen und Hochverrätern, die vom tschechischen Volke nie zum Nationalrat gewählt worden ist und sich mit fremdem Gelde während des Krieges im Auslande als „Regierung“ ausstaffiert hat.

Aber es nützt nichts, darüber zu rechten und die Handlungsweise Wilsons auf ihren sittlichen Wert oder Unwert zu qualifizieren. Auch dafür wird es einen Richterstuhl geben. Aber jetzt heißt es, den Ereignissen voll ins Auge schauen und die Folgerungen daraus mit klarer Festigkeit ziehen. Wilson stellt die Gewalt Amerikas und der Entente hinter die Forderungen derjenigen, die Oesterreich zerstören wollen. Können wir dieser Gewalt noch widerstehen? Wenn die Antwort verneinend lautet, wenn die uns angetane Gewalt trotz aller tapferen Siege unserer Armee und aller tapferen Gegenwehr unserer Truppen und der willig gebrachten Opfer des Hinterlandes überwältigend ist, dann müssen wir damit rechnen, daß Wilson und sein Verbandsanhang auch den Willen jener durchsetzen wird, welche die Zereißung Oesterreichs wollen. Nicht für immer, denn die dem Donaureiche zugrunde liegenden Tatsachen sind unausrottbar, aber

wenigstens für den Augenblick und solange, bis die Ueberlegung dieser Tatsachen gegenüber Verrat und bösen Leidenschaften das Uebergewicht gewinnt.

Wenn es aber so ist, dann haben die Deutschen in Oesterreich durch Einigkeit zu ersehen, was die anderen an brutaler Gewalt geltend machen. Jetzt gilt es, alle Parteiunterschiede zurückzustellen und den festen, unüberwindlichen Block des deutschen Volkes in Oesterreich herzustellen. In dieser geschlossenen Einheit, womöglich verbündet mit dem magyarisches Volk, dem man dasselbe Schicksal bereiten möchte wie uns österreichischen Deutschen, wollen wir den Ereignissen gegenüberreten.

Welcher Art sind diese Ereignisse? Der tschechische „Narodni Bybor“ in Prag verkündet die absolute Unabhängigkeit des Tschecho-slovakischen Staates und lehnt mit Wien jede Verhandlung über seine Zukunft ab. Ähnliches erklärt jene Versammlung von Politikern, welche behauptet, im Namen der Slovenen und Kroaten reden zu dürfen. Sie wollen auch nicht mehr die Entscheidung auf der Friedenskonferenz, sondern machen ihre Forderungen wie ein unumstößliches Recht geltend. Wilson tritt ihnen bei. Daran ist nichts zu ändern. Gut, sehen wir uns also endgültig auseinander, was immer das Ergebnis sei. Mögen sie tun, was sie nicht lassen können. Wenn die Tschechen für sich den völlig unabhängigen Staat wollen, so können wir sie jetzt nicht zu andern zwingen, nur die Deutschen sollen sie bei diesem Staate aus dem Spiele lassen. Gehen die Tschechen ihre Wege, so wollen auch wir die unseren gehen. Es mögen die Völker sich entscheiden, die Völker selbst, freilich, nicht ein paar zufällige Wortführer, sie haben ein Anrecht darauf, wo ihr Haus zerstört werden soll, in dem sie seit Urelternzeiten wohnen und das Tausende ihrer Söhne noch durch die blutigen Jahre des Weltkrieges getreu bis in den Tod verteidigt haben. Aber zu dieser Entscheidung der Völker und zu der in alle Äußerungen des Lebens eingreifenden Auseinandersetzung zwischen den Völkern ist der Friede notwendig. Er soll jetzt ohne längeren Verzug herbeigeführt werden.

Bis zu der endgültigen Auseinandersetzung aber schlichte man die provisorische Vereinbarung der gegenseitigen Aufrechterhaltung des Verkehrs und der Ordnung, um die sich bildenden neuen Gemeinwesen nicht bolschewistischer Anarchie preiszugeben und schon im Keime unglücklich zu machen.

Die Stellungnahme der Regierung zur Antwort Wilsons.

Wien, 21. Oktober.

Die Tatsache, daß entgegen der kurz vorher in Wien eingetroffenen offiziellen Meldung aus Washington, Wilson werde seine Antwort an Oesterreich-Ungarn erst nach Einlangen der Antwort Deutschlands erteilen, der Präsident der Vereinigten Staaten bereits jetzt seine Antwort an uns herausgegeben hat, wird in unterrichteten Kreisen mit dem Erscheinen des Manifestes des Kaisers in Zusammenhang gebracht. Dieses Manifest, welches am 17. d. bereits in der Schweiz war, mußte am 19. d. bereits Wilson bei Abfassung seiner Antwort vorgelegen haben. Vielleicht wollte der im Fluß geratenen Bewegung Wilson einen kräftigen Anstoß geben. Am 15. Oktober hatte der Präsident noch von keiner Aenderung seines Standpunktes gesprochen.

In Wien müsse man als Vertretung des tschechischen Volkes den „Narodni Bybor“ ansehen und nicht den Nationalrat in Paris, welcher nur die tschecho-slovakische Legion vertritt. Zudem habe erst am Samstag der „Narodni Bybor“ in Prag sich als die einzige Vertretung des tschechischen Volkes erklärt. Mit Masaryk in Paris werde nicht verhandelt werden.

Prinzipiell sind wir auf Grund des kaiserlichen Manifestes eines Sinnes über die Reformen im Verhältnis der österreichischen Nationen zu einander. Es besteht daher kein Grund, diese Frage, welche im Innern der Monarchie zwischen den Völkern selbst ausgetragen werden muß, in Verbindung mit der Frage des Waffenstillstandes zu bringen, da naturgemäß der Ausbau des Staatenbundes einige Zeit erfordere, während der rasche Abschluß des Waffenstillstandes eine allen Völkern Oesterreichs gleich nahegehende Frage sei. In diesem Sinne werde die Regierung antworten, daß der von Wilson geforderte Ausbau des Völkerstaates bereits in vollem Gange sei und daher kein Grund zur Verzögerung des Waffenstillstandes von Seite Wilsons vorliegen könne.

Kronrat und gemeinsamer Ministerrat

Die „Ungarische Post“ meldet: Heute vormittag um 9 Uhr begann im Ministerium des Außern eine gemeinsame Ministerkonferenz, an welcher die Mitglieder der gemeinsamen Regierung und die beiden Ministerpräsidenten teilgenommen haben. Nach der gemeinsamen Ministerkonferenz begaben sich die Mitglieder der gemeinsamen Regierung und die beiden Ministerpräsidenten zum Standort des Monarchen, wo unter dem Vorsitz des Kaisers eine längere Beratung stattgefunden hat.

Der ungarische Ministerpräsident war Sonntag abend in Begleitung seines Sekretärs Baron Razy in Wien eingetroffen. Er hatte gleich darauf im Ministerium des Außern eine längere Besprechung mit dem Grafen Burian. — Der ungarische Landesverteidigungsminister Baron Szurmahy, der am Samstag hier in Wien Angelegenheiten seines Ressorts erledigt hat, wurde am Sonntag von Sr. Majestät in Audienz empfangen, über die er abends dem Ministerpräsidenten Dr. Weflerle berichtete, worauf er nachts nach Budapest zurückfuhr.